

Riemser Erklärung
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
13. Juni 2022

Ostdeutschland – Potentiale und Herausforderungen 2022

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder erklären gemeinsam:

Präambel

Den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist es seit 1990 aufgrund der großen Leistungs- und Veränderungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie eines erfolgreichen Zusammenwirkens von Bund und Ländern gelungen, einen beispielhaften Modernisierungs- und Konsolidierungsprozess zu durchlaufen. Damit konnte die Phase des wirtschaftlichen Einbruchs, mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit und Abwanderung, erfolgreich überwunden und eine Trendumkehr in Gang gesetzt werden. Ostdeutschland hat das Potential, zum deutschen Vorreiter bei zukunftssträchtigen Innovationen in Schlüsseltechnologien zu werden.

Die Regierungsspitzen von Bund und ostdeutschen Ländern sind sich einig, dass es bei der Bewältigung aller jetzt anstehenden politischen Herausforderungen darauf ankommt, diesen erfolgreichen Entwicklungspfad Ostdeutschlands nicht zu unterbrechen. Es gilt, in den ostdeutschen Ländern erneute abrupte wirtschaftliche und soziale Strukturbrüche zu verhindern, industriepolitische Markenkern zu erhalten und durch krisen- und kriegsbedingt erforderliche Interventionen zukunftssträchtige Entwicklungsschritte der ostdeutschen Wirtschaft nicht zu behindern. Mehr denn je gilt es, die Potentiale und Stärken Ostdeutschlands zu nutzen und Synergien durch Zusammenarbeit zu erschließen.

A. Potentiale Ostdeutschlands

1. **Lage und Infrastruktur:** Im Zentrum Europas gelegen, unter anderem ausgestattet mit den Ostseehäfen Wismar, Rostock und Sassnitz, modernisierten Straßenverkehrsverbindungen und Schienenwegen mit dem zentralen ICE-Knoten Berlin und Erfurt sowie Bundeswasserstraßen in Ost-West und Nord-Süd-Richtung, den international bedeutsamen Flughäfen Berlin/Brandenburg und Leipzig/Halle, verfügt Ostdeutschland über gute infrastrukturelle Voraussetzungen, um nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch europaweit wirtschaftlich und logistisch eine Schlüsselrolle einzunehmen. Ostdeutschland ist wichtiges Bindeglied zwischen Ost- und Westeuropa.
2. Ab 1990 haben Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in den ostdeutschen Ländern abrupte Veränderungen erfahren, deren Dynamik bis heute anhält. Diese enorme Transformation

in allen Lebensbereichen haben die **Menschen in Ostdeutschland** mit **Einsatz- und Veränderungsbereitschaft, Können** und **Widerstandsfähigkeit** erfolgreich bewältigt.

3. Ostdeutschland wird zum **Vorreiter zukunftssträchtiger Investitionen in Schlüsseltechnologien** in Deutschland und Europa. Beispielhaft zu nennen sind: das geplante Zentrum für Translation im Bereich der Gen- und Zelltherapien von Bayer und der Berliner Charité in Berlin, die Ansiedelung des US-amerikanischen Automobil- und Batterieherstellers Tesla in Brandenburg, des europaweit einzigartigen Wasserstoffversorgungsnetzwerkes von APEX/Energy in Mecklenburg-Vorpommern, des chinesischen Batterieherstellers CATL in Thüringen, des Mobilfunk-Entwicklungszentrums von Vodafone in Sachsen und der US-amerikanischen Chiphersteller INTEL in Sachsen-Anhalt. Laut aktuellen Berechnungen des Leibniz-Institutes für Wirtschaftsforschung in Halle sind in den ostdeutschen Ländern bis zum Jahr 2035 Zugewinne beim realen Bruttoinlandsprodukt pro Person zu erwarten.
4. Bei der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft kann Ostdeutschland eine führende Rolle einnehmen. Das gilt nicht nur für die Erzeugung Erneuerbarer Energien, sondern auch für ihren sektorübergreifenden Einsatz. **Wasserstoff als Energieträger und -speicher** kommt dabei eine besondere Rolle zu. Ostdeutschland besitzt für die Umsetzung eines Wasserstoffhochlaufes entlang der gesamten Wertschöpfungskette Stärken, die sich komplementär ergänzen können. Eine effiziente länderübergreifende Zusammenarbeit bietet die Möglichkeit, Synergien zu erschließen und Kosten zu reduzieren. Die Verfügbarkeit Erneuerbarer Energien schafft die Voraussetzung für weitere innovative Industrieansiedlungen. Damit Wasserstoff ein Baustein für die Versorgungssicherheit und die Dekarbonisierung der energieintensiven Industrie in Ostdeutschland sein kann, ist der Anschluss an die europaweite Wasserstofftransportinfrastruktur, auch Wasserstoff-Backbone genannt, notwendig.
5. Es gibt bedeutende **Forschungscluster mit Alleinstellungsmerkmalen** in allen ostdeutschen Ländern. Exemplarisch seien genannt: Der Standort Berlin-Adlershof als einer der erfolgreichsten Hochtechnologiestandorte in Europa, die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTUCS) als wissenschaftlicher Anker des Strukturwandelprozesses in der Lausitz, Silicon Saxony in Sachsen als größter Mikroelektronik- / IKT-Standort in Europa, die Solarforschung in Sachsen-Anhalt, Umwelt-, Pflanzen- und Biodiversitätsforschung im Raum Halle-Jena-Leipzig, Optik und Photonik in Thüringen, der Raum Greifswald, der sich zu einem Cluster der Gesundheitsforschung, Life Science und Infektionsforschung im Bereich One-Health in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt.

B. Herausforderungen

1. Nach mittlerweile zwei Jahren harter Belastungen durch die **Corona-Pandemie** werden die **ostdeutsche Wirtschaft und Bevölkerung** jetzt zusätzlich von den **direkten und indirekten Auswirkungen des russischen Angriffskriegs** auf die Ukraine getroffen. Die Folgen, insbesondere Lieferengpässe bei wichtigen Betriebsmitteln, ein deutlicher allgemeiner Preisanstieg sowie ein kurzfristiger Ersatz russischer Energieträger, müssen neben den bereits bestehenden großen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Digitalisierung und der Dekarbonisierung der Wirtschaft und Energieversorgung bewältigt werden.

2. **Die schrittweise Substitution russischer Energieträger** muss durch Anpassung der Energieinfrastruktur so organisiert und begleitet werden, dass Energie- und Wirtschaftsstandorte im Osten Deutschlands nicht gefährdet werden. Die Versorgung mit Rohöl und Erdgas muss für einen Übergangszeitraum bis zur Etablierung einer wirtschaftlich tragfähigen fossilfreien Versorgung gesichert bleiben, damit die Versorgung mit Energie sicher bleibt und bestehende Arbeitsplätze an den entsprechenden Standorten langfristig erhalten werden.
3. In Folge kriegsbedingter Produktions- und Lieferausfälle ukrainischer und russischer Agrarprodukte (u. a. Weizen, Ölsaaten) und Vorleistungen (vor allem Dünger) gewinnt die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der **ostdeutschen Agrarwirtschaft** für die Versorgung an Bedeutung.
4. Der **Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West** sowie **Stadt und Land** ist und bleibt eine Daueraufgabe. Deutliche Einkommens-, Renten-, und Vermögensunterschiede prägen nach wie vor das Bild beim Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Ländern. Aber auch innerhalb Ostdeutschlands sind die Unterschiede zwischen Wirtschaftszentren und strukturschwachen Regionen erheblich.
5. Derzeit ist ein **beschleunigter technologischer Wandel** hin zu neuen Schlüsseltechnologien wie neue Mobilität, Wasserstofftechnologie, Erneuerbare Energien, Künstliche Intelligenz, Digitalisierung oder auch neue Werkstoffe zu beobachten. Diese Technologiebereiche bieten Ostdeutschland große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten. Sie verlangen aber auch ein hohes Maß an **Innovationskraft**. Insgesamt investieren in den neuen Ländern aufgrund der vorherrschenden klein- bis mittelgroßen Unternehmensstrukturen nach wie vor weniger Unternehmen in Forschung & Entwicklung als in den alten Ländern.
6. Die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands wird zunehmend von der **Verfügbarkeit benötigter Fachkräfte** beeinflusst. Insbesondere bei den Ansiedlungen von Unternehmen ist die regionale Fachkräftebasis oftmals der entscheidende Standortfaktor. Aufgrund der vorherrschenden Altersstruktur ist Ostdeutschland früher vom demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotentials als der Westen und Süden Deutschlands betroffen. Andere Faktoren, wie eine gut ausgebaute Kindertagesbetreuung, wirken sich hingegen positiv auf die Fachkräftegewinnung aus und sollten weiter gestärkt werden.
7. **Spitzen- und Leitungspositionen** sind in Deutschland auch in der zweiten Generation nach der Deutschen Einigung immer noch unterproportional mit ostdeutschen Führungskräften besetzt.
8. Für die **Gesundheitsversorgung in Ostdeutschland** stellt die Alterung der Bevölkerung eine doppelte Herausforderung dar. Steigende Zahlen von medizinisch zu versorgenden Älteren steht eine altersbedingt abnehmende Zahl von Ärzten gegenüber. Unterversorgungen gibt es zunehmend bei Hausärzten auf dem Land, bei Fachärzten und in der Kinder- und Jugendmedizin. Es gilt, alternative Versorgungssysteme zu entwickeln und deren Umsetzung zu prüfen.

C. Gemeinsame Agenda von Bund und ostdeutschen Ländern für Ostdeutschland

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder stellen fest: Ostdeutschland besitzt beste Voraussetzungen, um sich zu einer der innovativsten und wirtschaftsstärksten Regionen in der Mitte Europas weiterzuentwickeln. Zur Fortsetzung des dazu erfolgreich eingeschlagenen Weges bedarf es im Jahr 2022 vor dem Hintergrund der energie-, wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gezielter Anstrengungen und Unterstützungen, um die wirtschaftlichen Stärken Ostdeutschlands auszubauen, wirtschaftliche Härten abzufedern und den Transformationsprozess zur klimaneutralen Wirtschaft zu forcieren.

Darüber hinaus bedarf es weiterer Anstrengungen insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Bund und ostdeutsche Länder setzen sich dafür ein, dass die **Schieneverkehrsverbindungen** nach Polen und Tschechien weiter verbessert und deutlich schneller als derzeit geplant ausgebaut werden. Um die für die Weiterentwicklung dringend erforderliche Mobilität bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf den Klimaschutz zu gewährleisten, bedarf es einer deutlichen Ausweitung der Investitionen in das Schienennetz im Osten.
2. Die **PCK-Raffinerie Schwedt** in Brandenburg und die **Raffinerie Leuna** in Sachsen-Anhalt sind für die Energieversorgung Ostdeutschlands zentral und zugleich strukturbestimmende Unternehmen in den betroffenen Regionen. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sind sich einig, dass diese Industriestandorte und die damit zusammenhängenden Arbeitsplätze in Ostdeutschland erhalten bleiben müssen. Aufgrund des absehbaren Einkaufsstops von russischem Rohöl zum Jahresende gilt es, die Bemühungen zu verstärken, damit eine gesicherte Versorgung der beiden Raffinerien in Leuna und Schwedt mit anderweitigem Rohöl sichergestellt und somit die Versorgungssicherheit (Ost-)Deutschlands mit Kraftstoffen gewährleistet werden kann. Für die Transformation bis zur Unabhängigkeit von russischem Rohöl fordern die Regierungsspitzen der ostdeutschen Länder Unterstützung durch den Bund.
3. Zur **Versorgung mit Erdöl und Erdgas Ostdeutschlands** kommt den Standorten Rostock und Lubmin eine Schlüsselrolle zu. Beide haben einen direkten Einfluss auf die Einspeise- und Versorgungssituation für das gesamte ostdeutsche Gasnetz.
4. Zur Stärkung der **nationalen Energiesouveränität** hat sich die Dringlichkeit des Ausbaus Erneuerbarer Energien nochmals erhöht. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder vereinbaren, akzeptanz- und ausbaufördernde Maßnahmen zu ermöglichen, wie:
 - regionale Netzentgelte anreizkompatibler und einheitlicher auszugestalten,
 - Bürger- und Kommunen an den Erträgen benachbarter EE-Anlagen zu beteiligen,
 - den Eigenstromverbrauch von Erneuerbaren Energien zu begünstigen.
 - Speicher, inkl. Pumpspeicherkraftwerke, als eigenständige Säule im Energiesystem zu verankern.
5. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder vereinbaren, zur Intensivierung und Steuerung der Zusammenarbeit beim Thema Wasserstoff unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer Akteure eine gemeinsame **Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland (IWO)** einrichten zu wollen. Sie

begrüßen die Bereitschaft des Bundes, eine Anschubfinanzierung für eine Anlaufphase entsprechend den Länderbeiträgen zu gewähren. Sie bitten die Chefin und Chefs der Senats- und Staatskanzleien der ostdeutschen Länder, unter Einbeziehung der zuständigen Fachministerien der ostdeutschen Länder bis zum 30. September 2022 die Ausgestaltung, Rechtsform und Finanzierung der Interessenvertretung zu konkretisieren.

6. Vor dem Hintergrund des global geführten wirtschaftlichen Wettbewerbes geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich von Schlüsselindustrien zu sichern. **IPCEI Vorhaben** können dazu einen Beitrag leisten.
7. Der Bundeskanzler wird den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sowie den Bundesminister für Digitales und Verkehr bitten, die ostdeutschen Länder bei einer gemeinsamen Initiative zum Einsatz **alternativer Kraftstoffe** (E-Fuels) zu unterstützen. Ostdeutschland hat zur Besetzung dieses strategisch wichtigen Themas durch die Raffinerien Schwedt und Leuna sowie die Flughäfen Berlin/Brandenburg und Leipzig/Halle sehr gute Voraussetzungen.
8. Durch **Forschung und Entwicklung** wird der Grundstein für Innovationen und ein selbsttragendes wirtschaftliches Wachstum in den ostdeutschen Regionen gelegt. Die Regierungsspitzen von Bund und ostdeutschen Ländern wollen daher Anreize für die weitere Ansiedelung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Ostdeutschland schaffen. Dabei sollen Kooperationspotentiale ausgeschöpft, Forschungscluster gestärkt sowie der Wissenstransfer von Wissenschaft und Wirtschaft intensiviert werden. Die Länder bitten den Bund um Prüfung, ob die in Ostdeutschland bedeutenden gemeinnützigen Industrieforschungseinrichtungen bei der Anwendung des Besserstellungsverbots mit großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen gleichgestellt werden können.
9. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Bund und ostdeutschen Ländern, die vorhandene **Fachkräftebasis zu sichern und zu verbreitern**. Deshalb vereinbaren Bund und Länder einen „Fachkräftegipfel Ostdeutschland“ in diesem Jahr. Dafür sind gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen für Arbeits- und Fachkräfte unerlässlich. Die Lohnangleichung zwischen Ost und West und die Erhöhung der Tarifbindung bleibt eine zentrale Herausforderung für Ostdeutschland im Wettbewerb um Fachkräfte. Zugleich müssen die Anstrengungen erhöht werden, die Potentiale hier lebender in- wie ausländischer Jugendlicher noch besser zu nutzen und diese zum Schul- und nach Möglichkeit Berufsausbildungsabschluss zu führen. Daneben wird auch eine verstärkte Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland erforderlich sein. Neben einer aktiven Anwerbestrategie, sind dazu die Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts (Senkung der Anerkennungshürden, schnellere Verfahren, Unterstützung bei Spracherwerb und beruflicher Nachqualifizierung) erforderlich. Durch eine begleitende Kommunikation soll darüber hinaus die Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte gestärkt werden. Neben dem Heben von Fachkräftereserven, können vor allem Weiterbildungsinvestitionen die eigene Beschäftigungsfähigkeit im transformativen Wandel sichern. Darüber hinaus sollten Initiativen zur Erhöhung der Bleibequote von Absolventen ostdeutscher Hochschulen sowie zur Gewinnung von Menschen für eine Rückkehr in die ostdeutschen Länder einen Beitrag zur Erhöhung des Fachkräftepotentials leisten. Gleichzeitig wollen die Regierungsspitzen von Bund und Ländern gemeinsam mit der

Bundesagentur für Arbeit und in Abstimmung mit der Wirtschaft durch beschleunigte Berufsanerkennungsverfahren und gezielte Arbeitsmarktintegration von ausländischen Arbeitskräften Fachkräftelücken schließen.

10. Die Verbesserung der **Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungs- und Leitungspositionen** ist eine Aufgabe, die gemeinsam von Bund und Ländern angegangen werden muss. Sie vereinbaren, den anstehenden Generationswechsel in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in Justiz und Wissenschaft, zum Abbau des Repräsentationsdefizits von Ostdeutschen bei der aktuellen Besetzung von Führungspositionen zu nutzen. Dazu werden sie konkrete Maßnahmen erarbeiten, die auf eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit ostdeutscher Herkunft in Führungspositionen hinwirken und Nachwuchskräfte fördern.
11. Die Bundesregierung und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder nehmen die kriegsbedingten Auswirkungen auf die Agrar- und Ernährungswirtschaft im Interesse der **Ernährungssicherheit** verstärkt in den Blick.
12. Zur **Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum** wird der Bundeskanzler den Bundesminister für Gesundheit bitten, zeitnah Vorschläge zur Umsetzung folgender im Koalitionsvertrag des Bundes avisierten Vorhaben zu unterbreiten und mit den Ländern und den relevanten Partnern im Gesundheitswesen abzustimmen:
 - a. multiprofessionelle, integrierte Gesundheits- und Notfallzentren und Hybrid-DRG,
 - b. Weiterentwicklung der Krankenhausfinanzierung mit erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen,
 - c. kurzfristig sachgerechte Strukturen für die Pädiatrie, Notfallversorgung und Geburtshilfe.

Zur ergänzenden Eingrenzung von Entwicklungen durch fortschreitende Investorentätigkeit im Bereich der medizinischen Versorgungszentren wird das Bundesministerium für Gesundheit ergänzend um die Prüfung, ob weitere Reglementierung notwendig ist, gebeten werden.